

Umweltaktivistinnen protestieren gegen Baumrodung



Mit einer Barkasse fuhren die "Elbwald-Retter" über die eiskalte Elbe, um sich für die Pappeln am Bubendey-Ufer einzusetzen

Foto: PR/"Elbwald retten"

OTHMARSCHEN/WALTERSHOF (11. Februar 2026, Konrad Matzen) – Mit einem ungewöhnlichen Protest auf der Elbe hat die Initiative „Elbwald retten“ am vergangenen Sonnabend ein deutliches politisches Signal im Streit um die drohende Abholzung des Elbwaldes gesetzt. Auf einer Barkasse forderten Teilnehmer den rot-grünen Senat auf, die umstrittenen Rodungspläne zurückzunehmen und den Wald als Lebensraum und Naherholungsgebiet zu bewahren.

Die Debatte um das Schicksal des Elbwaldes zwischen Hafenanlagen und dem Naherholungsgebiet Övelgönne hat am Wochenende an Schärfe gewonnen: Die Bürgerinitiative „Elbwald retten“ hat am 7. Februar 2026 eine maritime Protestaktion auf der Elbe veranstaltet, bei der sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Transparenten und Slogans gegen die von der Hamburg Port Authority (HPA) geplante und vorzeitig gestartete Baumrodung wandten.

*räumen. Es handelt sich um eine Fläche, die südlich des Bubendey-Ufers liegt“, bestätigte HPA-Sprecherin **Sinje Pangritz**.*

Die Baumaßnahmen im Bereich des Waltershofer Hafens ist seit vielen Jahren geplant. Sie sind für eine Verbesserung der nautischen Bedingungen und die Sicherheit des Schiffsverkehrs erforderlich. Insbesondere ist dies die Erweiterung des Drehkreises, für die ein Teil einer Landfläche abgetragen wird.

Für die Fällungen ist eine Ausgleichsmaßnahme geplant, bei der rund 2 Hektar Waldfläche geschaffen werden. *„Die Pappelreihe ist davon nicht betroffen. Die HPA wird die Pappelreihe diesen und nächsten Monat nicht fällen“,* sagte Pangritz bereits im Januar. Damit ist klar, dass die Pappelreihe zumindest in diesem ersten Halbjahr nicht mehr gefällt werden wird, denn die Fällsaison in Hamburg endet am 28. Februar.

Bis zum 1. Oktober hätten die Initiatoren der "Elbwald retten"-Initiative also noch Zeit, die wertvolle Aussicht auf das Bubdendey-Ufer mit den Verantwortlichen beim Senat und der HPA noch zu verhandeln.

Auf dem traditionsreichen Flussabschnitt setzten die Aktivistinnen ein sichtbares Zeichen: Auf einer Barkasse versammelten sich Unterstützer und Politikerinnen, darunter die umweltpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion in der Bürgerschaft, **Jenny Jasberg**. Sie erklärte vor Ort: „*Ich hoffe sehr, dass dieses für Hamburg prägende Bild des Elbwaldes nicht zerstört wird.*“ Dieses Statement markiert eine ungewöhnliche Positionierung innerhalb der Regierungsfraktion, die bislang die Hafenweiterentwicklung politisch getragen hat. Der parlamentarische Geschäftsführer der Linken, **Stephan Jersch**, kritisierte scharf: „*Ich halte es für schändlich, wenn hier jetzt mit Kettensägen vollendete Tatsachen geschaffen werden.*“

Zentraler Streitpunkt ist die Frage, ob die HPA bereits vor einer gültigen EU-Genehmigung mit der Rodung beginnen wollte und ob sie dabei rechtswidrig handelt. Der Verein – vertreten durch Sprecher **Franz Hermann** – behauptet, dass bisher kein Auftragnehmer für die Rodungsarbeiten gefunden worden sei und die HPA deshalb versuche, die Ausschreibungsfristen zu verlängern. Hermann erläuterte, man wolle „*diese Umgehung der Hamburger Baumschutzverordnung mit politischen und juristischen Mitteln stoppen.*“

Hintergrund der Proteste ist der Plan, Teile des Waldes zugunsten neuer Containerliegeplätze zu fällen – ein Projekt, das angesichts schwacher Auslastungszahlen des Hamburger Hafens zunehmend in der Kritik steht. Aktivisten und lokale Kritiker argumentieren, dass die Erweiterung nicht nur ökologisch fragwürdig, sondern auch ökonomisch nicht gerechtfertigt sei.

Parallel zur Demonstration sammelt „Elbwald retten“ Unterschriften für eine Volkspetition, mit der die Rodung verhindert werden soll. Ob der politische Druck ausreicht, um den Senat zum Einlenken zu bewegen, bleibt offen – doch die Aktion auf der Elbe hat den Konflikt entschieden in die öffentliche Debatte zurückgebracht

Die Hamburg Port Authority beruft sich auf einen vorliegenden Planfeststellungsbeschluss, „*der auch bereits gerichtlich überprüft und vollziehbar ist*“. Alle erforderlichen Akteure seien bereits beteiligt worden, auch eine umfangreiche Untersuchung hinsichtlich der Umweltauswirkungen sei angestellt und im Zuge der Planfeststellung ausführlich berücksichtigt worden.

Für den Antrag auf Rodungsgenehmigung habe es seinerseits ein Beteiligungsverfahren gegeben, betont die HPA auf Anfrage der DorfStadt-Redaktion und „*um die geplanten und genehmigten Maßnahmen umzusetzen, ist vorgesehen, den Gehölz- und Vegetationsbestand auf dem Baufeld zu*